



STANDPUNKT

focus 3/18

Mai

Genossenschaften ermöglichen allen ein Leben in der Stadt



Kurt Fluri

Stadtpräsident Solothurn,
Nationalrat, Präsident
Schweizerischer Städteverband
und Politischer Beirat
WOHNEN SCHWEIZ

Städte sind attraktiv und bieten ein hohes Mass an Lebensqualität. Arbeitsplätze, Kultur und Freizeitmöglichkeiten in urbaner Umgebung – Argumente, die immer mehr Menschen dazu bewegen, in unsere Städte zu ziehen. Und wie der Städteradar vom Herbst 2017 zeigt, dürfte dieser Trend anhalten. Die befragten Exekutivmitglieder der Schweizer Städte gehen zu über 90 Prozent von einem anhaltenden Bevölkerungswachstum bis 2030 aus.

Nicht immer vermag der Wohnungsmarkt diese Nachfrage aufzufangen – in verschiedenen städtischen Regionen war und ist die Wohnungssuche höchst anspruchsvoll. Vor allem Personen mit bescheidenem Einkommen tun sich trotz Entspannung auf dem Wohnungsmarkt schwer, eine bezahlbare Wohnung zu finden.

Städte und Gemeinden engagieren sich deshalb auf verschiedene Weise dafür, dass guter und erschwinglicher Wohnraum für die ganze Bevölkerung auch an begehrten Lagen zur Verfügung steht. Ein wichtiges Instrument, das die soziale und altersmässige Durchmischung der Bevölkerung in einem Wohngebiet fördert, ist der gemeinnützige Wohnungsbau. In vielen Kommunen wurden

in den letzten Jahren wohnungspolitische Initiativen lanciert, respektive zu einem grossen Teil auch vom Volk angenommen. Wir können deshalb davon ausgehen, dass in den kommenden Jahren vielerorts neue gemeinnützige Trägerschaften wie Wohnbaugenossenschaften gegründet werden.

Alte wie neue gemeinnützige Wohnbauträger sind bei ihren Vorhaben in hohem Mass auf Starthilfen aus dem Fonds de Roulement angewiesen. Dieser Fonds ist ein bewährtes, wirksames und äussert günstiges Instrument der Wohnungspolitik des Bundes. Mit den zinsgünstigen, rückzahlbaren Darlehen an gemeinnützige Bauträger trägt der Fonds de Roulement massgeblich dazu bei, das Verfassungsziel zu erreichen, Wohnen für breite Bevölkerungsschichten erschwinglich zu machen.

Weil dem Fonds schon bald eine Finanzierungslücke droht, soll er nach dem Vorschlag des Bundesrates um zehn Jahre verlängert, respektive um 250 Millionen Franken aufgestockt werden. Damit liesse sich die Erstellung von rund 1500 preisgünstigen Wohnungen pro Jahr unterstützen. Der Städteverband erwartet vom Parlament, dass es den Fonds de Roulement weiterführt. Der gemeinnützige Wohnungsbau ist für Städte und urbane Gemeinden ein wichtiges Instrument ihrer Wohnungspolitik und die Unterstützung durch den Fonds de Roulement ist dabei zentral.

Liebe Leserin, lieber Leser

Der städtische Wohnungsmarkt ist ein hartes Pflaster: wenig Angebote, viele Mitbewerber und hohe Mieten sind die Realität. Alleinerziehende, Familien, ältere oder ausländische Personen haben oft Mühe eine Wohnung zu tragbaren Bedingungen zu finden. Gemeinnützige Wohnbauträger wirken dem entgegen, wie eine Studie zeigt, die in diesem «focus» vorgestellt wird.

Vier Prozent aller Schweizer Wohnungen sind heute Genossenschaftswohnungen – in den grossen Städten liegt der Wert deutlich höher. Nicht nur die Städte, auch Bund und Kantone spielen bei der Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus eine wichtige Rolle. Einen wegweisenden Entscheid fällt bald das Parlament: Es befindet über die Fortsetzung und Aufstockung des Fonds de Roulement. Aus Sicht der Städte ist ein neuer Rahmenkredit zu begrüssen.

Viel Spass bei der Lektüre!



Inhalt

Standpunkt 1

Interview 2

Thema 3

Session und Vernehmlassungen 4

Städteverband im Fokus 5

Agenda 6

INTERVIEW

«Die normalen wirtschaftlichen Regeln spielen nicht mehr»


Daniel Rossellat
Syndic de Nyon

Daniel Rossellat hat sich schon immer stark in der Gesellschaft engagiert – als aufmerksamer Beobachter des politischen Lebens zunächst durch seinen Beruf als Journalist und anschliessend als Organisator von Veranstaltungen. Seine Wahl zum Stadtpräsidenten am 30. November 2008 und seine beiden Wiederwahlen 2011 und 2016 zeugen von einer langjährigen und vielseitigen Tätigkeit im Dienste der Stadt. Seit seiner Wahl kümmert sich Daniel Rossellat (parteilos) sowohl um die Belange der Stadt Nyon als auch um jene des Paléo Festivals, dessen Präsident er ist.

Welche Spannungen gibt es auf dem Wohnungsmarkt in Nyon?

Dank der Lage im Genferseebogen und insbesondere seiner Nähe zu Genf und dessen Agglomeration ist Nyon eine der attraktivsten Gegenden der Schweiz. Die Stadt hat heute über 20 000 Einwohner und verfügt über ein Entwicklungspotenzial, das ein Bevölkerungswachstum um weitere 8 000 Menschen bis 2030 ermöglicht. Diese grosse Nachfrage führt zu einer Wohnungsknappheit, die sich in einer seit mehreren Jahren äusserst niedrigen Leerstandsquote spiegelt. Diese belief sich 2017 auf 0,34 %, das heisst, dass von insgesamt über 11 000 Wohnungen nur 38 Wohnungen verfügbar waren. Der angespannte Markt zeigt sich auch in hohen Miet- und Kaufpreisen, obwohl viel und regelmässig gebaut wird. Seit 2015 kamen jedes Jahr 260 neue Wohnungen auf den Markt. Die angespannte Lage wird in den nächsten Jahren anhalten.

Nyon hat 2010 eine Wohnraumstrategie verabschiedet. Wie setzen Sie diese um?

Die Stadt Nyon hat 2010 ihre erste Wohnraumpolitik, «Objectif Logement», beschlossen. Diese verlangt, dass 25 % der Wohnungen in neuen Quartieren gemeinnützig sind. Bei jedem neuen Bauprojekt wird dieser starke politische Wille in partnerschaftlichen Vereinbarungen zwischen Behörden und Investoren verhandelt. Als Grundstückskäuferin kann die Stadt zudem besondere Bedingungen für

das Wohnraumprogramm festlegen. Seit 2010 wurden 450 gemeinnützige Wohnungen gebaut bzw. befinden sich im Bau.

Weshalb engagiert sich die Stadt für gemeinnützige Wohnungsbauprojekte?

Zunächst einmal, weil die normalen wirtschaftlichen Regeln nicht mehr spielen. Es gibt ein echtes Missverhältnis zwischen dem Angebot an Wohnungen, die zu hohen Preisen vermietet oder im Stockwerkeigentum verkauft werden, und der Nachfrage nach Wohnungen zu erschwinglichen Preisen. Wir stellen zudem fest, dass sich ein Teil der Nyoner Haushalte für einen Verbleib in der Stadt entscheidet, obwohl ihre Wohnung nicht mehr ihrem Bedarf entspricht und das Wohnungsangebot gering und teuer ist. Die Gründe dafür sind in der Regel privat oder beruflich. Darüber hinaus hat ein immer grösserer Teil des Mittelstands Schwierigkeiten, eine Wohnung in der Region zu finden. Unser Ziel ist es heute, den unterschiedlichen Bedürfnissen und Lebensgewohnheiten gerecht zu werden und die Wohnmobilität der Einwohnerinnen und Einwohner innerhalb der Gemeinde zu fördern.

Mit welchen Massnahmen?

Nötig ist der Bau weiterer neuer Wohnungen zu erschwinglichen Mietpreisen, aber auch die Begleitung von Projekten zur Sanierung bestehender Wohnungen. In Nyon gibt es mehrere Wohnkomplexe aus den

50er- bis 70er-Jahren, die in den kommenden Jahren saniert werden müssen. Dieser Wohnungsbestand macht 35 % des Gebäudebestands der Stadt aus. Es braucht innovative Lösungen, um die Weiterentwicklung dieser Quartiere sowohl in städtebaulicher Hinsicht als auch im Hinblick auf die Lebensgewohnheiten ihrer Bewohner zu unterstützen. Zudem wollen wir die Durchmischung in den Quartieren fördern.

Welches sind Ihre Erwartungen an den Bund in der Wohnungspolitik?

Der Bund hat eine zentrale Rolle. Er muss diese sowohl über die Forschung und die Vernetzung der Akteure als auch über seine Beteiligung an innovativen Projekten stärken. Auch die rechtliche und finanzielle Unterstützung städtebaulicher Massnahmen der Städte ist zentral.

Wie wird Nyon in 20 Jahren aussehen?

In 20 Jahren wird sich die doppelte Attraktivität Nyons als Wohn- und Arbeitsort für die Stadt voll ausbezahlt haben. Ihr öffentlicher Raum, ihr kulturelles Angebot, ihr Wohnraum und ihr Geschäftsleben laden die Menschen dazu ein, hier Zeit zu verbringen und von den vielfältigen Angeboten zu profitieren. Nyon hat es geschafft, nicht zu einer Trabantenstadt zu werden. Es bleibt eine Stadt nachbarschaftlicher Nähe, und zwar auf der Ebene von Quartier und Region ebenso wie mit seiner Lage am Genferseebogen.

THEMA

Gemeinnütziges Wohnen hat viele positive Effekte auf den städtischen Wohnungsmarkt

Ein schweizweiter Vergleich von gemeinnützigem Wohnen und konventioneller Miete zeigt, dass die Mietpreisunterschiede der beiden Eigentumsformen an urbanen Lagen mit starkem Aufwertungsdruck am grössten sind. Genossenschaftswohnungen sind dabei nicht nur günstiger, sie werden auch von Personen mit geringerer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit bewohnt.



Michael Hermann,
Geograph und Politikwissenschaftler, Leiter der Forschungsstelle sotomo

Genossenschaftswohnungen sind günstiger als Mietwohnungen, und sie werden von Personen mit geringeren finanziellen Ressourcen bewohnt – dies sind aus städtischer Sicht die beiden wichtigsten Befunde unserer Studie «Gemeinnütziges Wohnen im Fokus. Ein Vergleich zu Miete und Eigentum» im Auftrag des Bundesamts für Wohnungswesen BWO. Im Zeitalter von Gentrifizierung und Wohnpreisdruck leisten Genossenschaften somit einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der sozialen Durchmischung in den Schweizer Städten. Ohnehin ist das gemeinnützige Wohnen ein überaus städtisches Phänomen. In den grossen Ballungszentren der Schweiz ist der Genossenschaftsanteil rund zehnmal so gross wie ausserhalb davon. Allerdings zählen selbst in den Grossstädten nur rund 12 Prozent der Wohnungen zu diesem Typ. Höhere Anteile gibt es vor allem in der Deutschschweiz. Neben den Mietpreisen (I) und der sozialen Zusammensetzung der Bewohnerinnen und Bewohnern (II) liegt ein weiterer Schwerpunkt der vergleichenden Studie bei der Wohnungs- und Gebäudestruktur (III).

I. Die Mieten von Genossenschaften liegen insbesondere in urbanen Zentren mit Aufwertungsdruck deutlich unter jenen der konventionellen Mietwohnungen.

Die Mieten von Genossenschaftswohnungen liegen erwartungsgemäss unter jenen von konventionellen Mietwohnungen gleicher Grösse und an vergleichbaren Lagen, nämlich um knapp 15 Prozent. Besonders gross ist der relative Preisunterschied jedoch an Lagen mit einem hohen Mietpreisniveau. In Grossstädten sind konventionelle Mietwohnungen ein Viertel teurer als vergleichbare Genossenschafts-

wohnungen. Hier führt die grosse Nachfrage dazu, dass deutlich mehr als die bei Genossenschaften übliche Kostenmiete verlangt werden kann, während an weniger begehrten Lagen auch die Mietpreise konventioneller Wohnungen nahe an der Kostenmiete liegen.

In den letzten 15 Jahren hat die Preisdifferenz zwischen Miet- und den Genossenschaftswohnungen weiter zugenommen. Dies gilt auch für den Direktvergleich von Neubauwohnungen. Das heisst, dass die Entwicklung des Preisunterschieds nicht vom Alter der Bausubstanz abhängt. Die Zahlen zeigen, dass das gemeinnützige Wohnen gerade an zentralen, urbanen Lagen mit ausgeprägten Verdrängungstendenzen Wohnraum für wirtschaftlich weniger leistungsfähige Personen schaffen.

«In den letzten 15 Jahren hat die Preisdifferenz zwischen Miet- und den Genossenschaftswohnungen weiter zugenommen.»

II. In Genossenschaften leben vermehrt Personen, die wirtschaftlich weniger leistungsfähig sind.

Einen echten Beitrag zum Erhalt der sozialen Durchmischung in den Städten leisten Genossenschaften jedoch nur, wenn dort auch tatsächlich Personen mit geringeren finanziellen Ressourcen leben. Dies wird durch den Vergleich des Berufsstatus' der Personen in den verschiedenen Eigentumsformen bestätigt. Widerlegt wird demgegenüber die genossenschaftskritische These, dass dort viele Gutgebildete leben, die freiwillig nur Teilzeit arbeiten, weil sie es sich dank tieferen Mieten leisten können. Einerseits ist nämlich der Anteil Personen mit einem tiefen Bildungsniveau in den Genossenschaften am höchsten, andererseits ist die Quote der Teilzeitarbeitenden ähnlich hoch wie in Eigentumswohnungen. Die Analyse zeigt, dass Personen, die sich mehr Komfort und mehr Wohnraum leisten können, offenbar früher oder später aus ihrer

Genossenschaftswohnung ausziehen. Auch wenn es in der Regel keine Kontrolle der finanziellen Verhältnisse gibt, kommt es zu einer Art Selbstregulierung.

«Widerlegt wird die genossenschaftskritische These, dass dort viele Gutgebildete leben, die freiwillig Teilzeit arbeiten.»

Auch bei den Bewohnerinnen und Bewohnern mit Migrationshintergrund ist der soziale Status in den Genossenschaften tiefer als in Mietwohnungen. Der Grund hierfür ist, dass ausländische Personen aus reichen Herkunftsländern wie Deutschland oder Frankreich in den Genossenschaften untervertreten sind. Insgesamt ist der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund in den Genossenschaften dennoch deutlich grösser als in konventionellen Mietwohnungen.

III. Genossenschaftliches Wohnen leistet einen Beitrag zu einem sorgfältigeren Umgang mit der Ressource Boden.

Die Wohnfläche pro Person ist in Genossenschaftswohnungen am tiefsten. Für die Bodennutzung ist jedoch der Grundflächenverbrauch pro Person relevanter. Dieser hängt zusätzlich von der Anzahl der Stockwerke ab. Im Vergleich zu konventionellen Mietwohnungen verbraucht genossenschaftliches Wohnen nur 75 Prozent des Bodens. Im Vergleich zum Wohneigentum sind es sogar nur 40 Prozent. Im städtischen Raum sind die Unterschiede kleiner, weil dort auch konventionelle Mietwohnungen weniger Boden pro Kopf verbrauchen. Insgesamt tragen Genossenschaften zu einem haushälterischeren Umgang mit dem Boden bei. Statt über den Preis wird die Nutzungseffizienz hier über Selbstbeschränkung und Belegungsvorschriften erreicht.

Im umkämpften städtischen Wohnungsmarkt ist es auch eine Art Privileg, in eine Genossenschaftswohnung aufgenommen zu werden. Daraus resultieren jedoch für andere insgesamt keine Nachteile, schliesslich trägt der gemeinnützige Wohnungsbau mit seiner effizienten Bodennutzung zur Entlastung des Wohnungsmarkts bei.

Link zur Studie: www.bwo.admin.ch

POLITIK

Ausblick auf die Sommersession

In der anstehenden Sommersession behandelt das Parlament gleich mehrere Vorlagen, die für die Schweizer Städte von zentraler Bedeutung sind:

SV17: Debatte im Parlament startet

Der Ständerat wird sich als Erstrat mit der Steuervorlage 17 (SV17) befassen. Im Vorfeld hat die ständerätliche Kommission Anhörungen durchgeführt und auch den Städteverband eingeladen. In insgesamt drei Detailberatungen beschloss die Kommission unter anderem, einen sozialen Ausgleich der Steuerausfälle über die AHV anstatt über die Familienzulagen vorzunehmen und das Kapitaleinlageprinzip anzupassen. Der SSV bewertet die neue Vorlage zur Reform der Unternehmenssteuern als insgesamt ausgewogen. Da die Städte jedoch weiterhin mit erheblichen Steuerausfällen rechnen müssen, braucht es eine verbindliche Gemeindefinanzierungsklausel, damit auch Städte und Gemeinden an den Ausgleichsmassnahmen des Bundes beteiligt werden.

Harmonisierung des Beschaffungsrechts

Der Bundesrat hat die Revision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen (BöB) 2015 gestartet, um es dem revidierten WTO-Übereinkommen (GPA) anzupassen. Mit dem neuen Gesetz sollen aber auch die Beschaffungsordnungen von Bund

und Kantonen harmonisiert werden. Der Städteverband begrüsst diese Harmonisierungsbestrebungen. Im Vorfeld der Beratung im Nationalrat hat die Kommission ausführliche Anhörungen durchgeführt und dabei den Antrag verabschiedet, dass die von der öffentlichen Hand beherrschten Unternehmen nicht dem BöB unterstellt werden sollen.

Sans-Papiers: Prüfung von Verschärfungen

In einer Motion verlangt die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats eine schärfere Gesetzgebung für Sans-Papiers. Der Bundesrat lehnt die Motion ab, da er aufgrund der relativ kleinen Anzahl Sans-Papiers in der Schweiz keinen Handlungsbedarf sieht. Der Städteverband hat sich im Bereich der Sans-Papiers in der Vergangenheit verschiedentlich dafür eingesetzt, Regelungen zu finden, die die Städte langfristig entlasten, etwa indem für Jugendliche Ausbildungen möglich werden. Die SPK-N hat nun ein Postulat eingereicht, das eine gesamthafte Prüfung der Problematik der Sans-Papiers verlangt, bevor Gesetzesanpassungen vorgenommen werden. Der Nationalrat wird sich in dieser Session mit beiden Geschäften befassen. Ebenfalls Thema wird die punktuelle Anpassung des Status der vorläufigen Aufnahme sein, für die sich der Städteverband ebenfalls eingesetzt hatte.

Grosse Differenzen bei EL-Reform

Nach dem Nationalrat wird die Debatte über die Reform der Ergänzungsleistungen im Ständerat fortgesetzt. Der Nationalrat hatte entschieden, die maximal anrechenbaren Mieten nur leicht zu erhöhen, die Beiträge für jüngere Kinder zu senken sowie keine Einschränkungen beim Kapitalbezug aus der Pensionskasse festzulegen. Die ständerätliche Kommission lehnt diese Punkte jedoch mehrheitlich ab. Sie spricht sich für höhere Mietzinsmaxima und gegen die Senkung der Kinderzuschläge aus. Beim Kapitalbezug, einem Hauptanliegen des SSV, stimmt sie dem Nationalrat aber zu. Ausserdem lehnt sie die Regelung des Nationalrats ab, wonach nur jene Personen EL erhalten sollen, die zuvor mindestens zehn Jahre AHV-Beiträge geleistet haben, da dies Auslandschweizer benachteiligen würde.

Neue Lösung für Elektroschrott-Recycling

Der Ständerat hat sich für eine Überarbeitung des Systems der vorgezogenen Recyclinggebühr für Elektrogeräte ausgesprochen und eine entsprechende Motion angenommen. Die heutige freiwillige Branchenlösung soll aufgrund der hohen Anzahl an Trittbrettfahrern durch eine obligatorische Entsorgungsgebühr ersetzt werden. Nun ist der Nationalrat am Zug. Der SSV und seine Organisation Kommunale Infrastruktur unterstützen die Motion.

Vernehmlassungen

Mobilität: Bund legt Ausbaupakete vor

Auf Basis des neuen Verkehrsfonds NAF legt der Bund zwei neue Ausbaupakete vor. 1,12 Milliarden Franken will er an Massnahmen in Städten und Agglomerationen beisteuern. Mit den Beiträgen von Städten und Kantonen fliessen damit 3,13 Milliarden Franken in Infrastrukturvorhaben. Der SSV bemängelt, dass der Bund trotz zum Teil sehr guter Bewertung von Massnahmen nur 36 Prozent der Projektkosten übernimmt, obwohl gesetzlich 50 Prozent möglich wären. Auch der neue Finanzierungsrahmen für die Nationalstrassen bringt wichtige Ausbauten. Das vom Bundesamt für Strassen entworfene «Zukunftsbild» von mindestens sechsspürigen Nationalstrassen in allen metropolitanen und grossstädtischen

Räumen ist allerdings verfehlt. Der Ausbau des Netzes muss sich auf ortsspezifische Kriterien abstützen.

BZG: Zwei Gesetze wünschenswert

Aus Sicht des SSV ist die Totalrevision des Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzes BZG als Konsequenz der beiden Berichte des Bundes über die Strategie Bevölkerungsschutz und Zivilschutz 2015+ zu begrüessen. Die Städte anerkennen insbesondere die Bemühungen, den Zivilschutz im sicherheitspolitischen Kontext klar einzuordnen und zu gewichten. Der SSV hat aber auch diverse Änderungsanträge vorgebracht. So wäre es aus städtischer Sicht unter anderem wünschenswert, dass die Bereiche Bevölkerungsschutz und Zivilschutz in separaten Gesetzen geregelt werden.

SRG-Konzession

Der Städteverband unterstützt die neue SRG-Konzession und stimmt dem Anspruch zu, dass die SRG mit ihrem publizistischen Angebot das Verständnis, den Zusammenhalt und den Austausch zwischen den Landesteilen, Sprachgemeinschaften, Kulturen, Religionen und gesellschaftlichen Gruppierungen fördern soll. Allerdings sollte die SRG auch dem Stadt-Land-Verhältnis und der Bedeutung der urbanen Gebiete ein besonderes Augenmerk schenken. Die Stärkung der Information und die Forderung nach mehr Zusammenarbeit werden begrüsst, ebenso die Angebote für neue Zielgruppen.

Weitere Vernehmlassungen unter:
www.staedteverband.ch

AKTUELL

Städteverband im Fokus

Die städtische Bevölkerung im Fokus der Statistik der Schweizer Städte 2018



Die 79. Ausgabe der «Statistik der Schweizer Städte» ist Mitte April erschienen und richtet ein besonderes Augenmerk auf verschiedene Aspekte der städtischen Bevölkerungsstruktur. So bilden beispielsweise junge Erwachsene in den Grossstädten die grösste Altersgruppe. Hingegen sind Haushalte mit Kindern in kleineren Städten mehr verbreitet als anderswo. Agglomerationsgemeinden weisen die höchsten Ausländeranteile auf, aber fast 20% der Ausländerinnen und Ausländer leben in den Grossstädten. Das Jahrbuch entstand wiederum in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Statistik BFS und enthält nebst Daten zur Bevölkerung auch zahlreiche Informationen und Fakten zu Themen wie Arbeit und Erwerb, Finanzen, Mobilität oder Bildung aus 172 Städten und städtischen Gemeinden der Schweiz.

www.staedteverband.ch

Arbeitsgruppe Poststellennetz nimmt Forderung der Städte auf



Auch in Städten und Agglomerationen soll die Erreichbarkeit der postalischen Grundversorgung und der Zahlungsdienstleistungen gewährleistet bleiben. Deshalb forderte der Städteverband wiederholt, dass die Erreichbarkeitskriterien auch den Bedürfnissen von Bevölkerung und Wirtschaft in urbanen Gebieten gerecht werden müssen. Die von Bundesrätin Doris Leuthard eingesetzte Arbeitsgruppe zur postalischen Grundversorgung, in der auch der Städteverband vertreten war, hat diese Forderung aufgenommen. Sie empfiehlt in ihrem Bericht vom 16. Mai, dass die Post in städtischen Gebieten pro 15'000 Einwohner oder Beschäftigte mindestens einen bedienten Zugangspunkt gewährleisten soll. Auch die übrigen Empfehlungen der Arbeitsgruppe beurteilt der SSV positiv: So sollen die zeitlichen Erreichbarkeitskriterien (20-Minuten-Regel) künftig in jedem Kanton erreicht werden und sowohl für Post- wie für Barzahlungsdienstleistungen gelten. Weiter empfiehlt die Arbeitsgruppe, das Agenturmodell zu stärken und die Kommunikation der Post gegenüber Kantonen, Städten und Gemeinden zu verbessern.

www.staedteverband.ch

Städte begrüßen die Massnahmen der Integrationsagenda Schweiz



Bund und Kantone haben sich mit der «Integrationsagenda Schweiz» auf verbindliche Ziele und Prozesse im Bereich der Integration von Flüchtlingen verständigt und damit einen Prozess angestossen, um die Integrationsmassnahmen schweizweit zu vereinheitlichen. Sprachkurse oder Fähigkeitserhebungen (Potenzialabklärungen) beispielsweise sollen landesweit ähnlich durchgeführt werden. Aus Sicht der Städte ist dies sehr zu begrüßen. Gelingt die Umsetzung der Integrationsagenda, so liefert sie einen entscheidenden Beitrag, um die gesellschaftliche und auch die wirtschaftliche Integration von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen zu verbessern. Die Städte und Gemeinden erwarten daraus insbesondere eine Entlastung bei der Sozialhilfe, die sie in vielen Kantonen mitfinanzieren. Seitens des Bundes werden mit der Vereinheitlichung der Massnahmen auch die an die Kantone ausgeschütteten Integrationspauschalen von heute 6 000 Franken auf 18 000 Franken erhöht. Der Städteverband fordert, dass die Städte da, wo sie Leistungen erbringen, die der Integrationsagenda entsprechen, ebenfalls von diesen Mitteln profitieren.

www.staedteverband.ch

Tagungen «Quartiere im Wandel» und «Fünf Jahre Raumkonzept Schweiz»



Das Netzwerk Lebendige Quartiere, das der Städteverband im Auftrag von ARE und BWO leitet, widmet seine erste ganztägige Veranstaltung den Quartieren im Wandel. Wie haben sich die Bedürfnisse und das Leben im Quartier verändert und wie gehen Städte und Gemeinden mit dem Lebenszyklus eines Quartiers um? Diese und weitere Fragen diskutieren Referentinnen und Referenten am 21. Juni in Solothurn.

www.lebendige-quartiere.ch

Zum fünfjährigen Bestehen des Raumkonzepts Schweiz laden die Trägerorganisationen, zu denen der Städteverband gehört, zu einer Jubiläumsveranstaltung in Bern ein. Am 14. Juni sollen das Erreichte gewürdigt sowie die Grundlage für eine weiterhin erfolgreiche tripartite Zusammenarbeit gelegt werden.

www.staedteverband.ch

Kurzmeldungen

Intelligente urbane Logistik

Eine funktionierende urbane Logistik ist für das städtische Leben zentral. Wie kann bis ins Jahr 2050 eine energieeffiziente und nahezu CO₂-freie Versorgung der Städte realisiert werden? Ein Nationalfondsprojekt ist dieser Frage nachgegangen und zeigt in der Publikation «Intelligente urbane Logistik», wie die Vision in die Tat umgesetzt werden kann. Bereits haben Städte wie Basel, Zürich oder Luzern und einzelne Unternehmen erfolgversprechende Massnahmen ergriffen.

www.nfp71.ch

Zukunft des öffentlichen Raums

Städte werden dichter: Immer mehr Menschen müssen sich immer weniger Platz teilen. Gleichzeitig wandelt sich der städtische Raum. Neue Arbeitswelten, veränderte Mobilität, Zielkonflikte zwischen Bewohnenden und Touristen sowie der Strukturwandel tragen dazu bei. Wird der öffentliche Raum wichtiger? Eine Studie im Auftrag des Zentrums öffentlicher Raum ZORA beleuchtet Handlungsfelder wie die Nutzbarkeit öffentlicher Räume oder die Veränderung des Verständnisses von Öffentlichkeit.

www.staedteverband.ch

Kampagne «Velo-Mittwoch»

Viele Städte investieren in Veloinfrastruktur. Um die Bevölkerung zu motivieren, das Velo vermehrt und regelmässig zu nutzen, braucht es auch kommunikative Massnahmen. Pro Velo hat dazu die schlüsselfertige Kampagne «Velo-Mittwoch» initiiert, die den Bedürfnissen einer Stadt angepasst und in deren Kommunikation eingebaut werden kann.

www.pro-velo.ch

NHG vergibt Demokratiepreis 2018

Trotz vieler Mitbestimmungsmöglichkeiten ist die politische Beteiligung in der Schweiz rückläufig. Angesichts dessen würdigt die Neue Helvetische Gesellschaft (NHG) mit dem Demokratiepreis 2018 freiwillige, partizipative Prozesse zur Förderung der Demokratie und der politischen Bildung. Projekte können bis Ende August eingereicht werden.

www.nhg.ch

Agenda

Schweizerischer Städteverband SSV

- 14. Juni 2018** **Tagung «5 Jahre Raumkonzept Schweiz»** in Bern
Information: regina.gilgenthetaz@are.admin.ch
- 21. Juni 2018** **Nationale Tagung «Quartiere im Wandel» des Netzwerks Lebendige Quartiere** in Solothurn
Information: Julia Imfeld, Telefon 031 35 632 32, netzwerk@lebendige-quartiere.ch
- 30./31. August 2018** **Städtetag 2018** in Solothurn
Information: Christina Grab, Telefon 031 356 32 32, info@staedteverband.ch

Organisation Kommunale Infrastruktur

- 14./15. Juni 2018** **Mitgliederversammlung OKI 2018** in Bellinzona
Information: Romana Kocher, Telefon 031 356 32 42, info@kommunale-infrastruktur.ch

Sektionen des Schweizerischen Städteverbandes

- 4. Juni 2018** **Mitgliederversammlung und Fachanlass der Städtekonferenz Mobilität**
Information: Roman Widmer, Telefon 031 356 32 32, info@skm-cvm.ch
- 8. Juni 2018** **Frühlingskonferenz der Städteinitiative Sozialpolitik** in Baden
Information: Katharina Rüegg, Telefon 052 267 59 57, info@staedteinitiative.ch
- 8. Juni 2018** **Mitgliederversammlung der Konferenz der Städtischen Finanzdirektorinnen und -direktoren** in Bern
Information: Karin Christen, Telefon 031 356 32 323, info@ksfd.ch
- 7. September 2018** **Fachveranstaltung der Konferenz der Städtischen Finanzdirektorinnen und -direktoren** in Bern
Information: www.ksfd.ch
- 10. September 2018** **SKOS-Forum/Städteinitiative-Tagung der Leitenden Angestellten** in Olten
Information: www.skos.ch

Weitere Organisationen

- 29. Mai 2018** **Forum Nachhaltige Entwicklung** in Bern (Patronat: SSV)
Information: www.are.admin.ch
- 5. - 7. Juni 2018** **GEOSummit 2018** in Bern (Patronat: SSV)
Information: www.geosummit.ch
- 14. Juni 2018** **Kooperationen für zukunftsfähige Gemeindewerke** in Zürich (Patronat: SSV)
Information: www.pusch.ch
- 14. Juni 2018** **Strassenlärm – Rechts- und Vollzugsfragen nach Ablauf der Sanierungsfrist** in Solothurn (Patronat: SSV)
Information: www.vur.ch
- 22. Juni 2018** **3. Nationale Tagung Gesundheit & Armut** in Bern (Patronat: SSV)
Information: www.bfh.ch
- 24. Mai 2018** **Energiespar-Contracting verstehen und umsetzen** in Zürich
25. September 2018 Information: www.energie-zentralschweiz.ch

Impressum

Herausgeber: Schweizerischer Städteverband SSV, Monbijoustrasse 8, Postfach, 3001 Bern

Redaktion: Renate Amstutz, Marius Beerli, Barbara Brechbühl, Karin Christen, Nadja Huonder, Julia Imfeld, Carol Mauerhofer, Maja Münstermann, Martin Tschirren, Roman Widmer; Übersetzungen: proverb; Bildnachweise: Rolf Siegenthaler; Porträt Seite 1: zvg; Foto Seite 2: Anissa Jotterand; Foto Seite 3: René Ruis.

Telefon 031 356 32 32, Telefax 031 356 32 33, www.staedteverband.ch

Newsletter abonnieren: info@staedteverband.ch